

Anfragen zum Plenum in der 42. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Renate Ackermann
(GRU)

Nachdem die Regierung der Oberpfalz als zuständige Genehmigungsbehörde drei Anfragen durch das Europäische Hauptquartier der US-Armee in Heidelberg zur Genehmigung tödlicher Tierversuche im Rahmen der Ausbildung von Sanitätern auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr mit der Begründung, dass die Experimente gegen das Tierschutzgesetz verstoßen, ablehnte, frage ich die Staatsregierung, ob sie von diesen Bestrebungen der US-Armee Kenntnis hat, wie sie die medizinische Ausbildung von Sanitätern an lebenden Tieren stoppen will, die vom USAREUR, dem Hauptquartier der US-Armee in Europa, angestrebt wird und die noch in diesem Jahr stattfinden soll, und ist nach Meinung der Staatsregierung das Thema mit dem Nein der Oberpfälzer Regierung endgültig vom Tisch?

Hubert Aiwanger
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie nicht auch der Meinung ist, dass bei dem in Auftrag gegebenen Gutachten mit dem Ziel der objektiven Ergebnisfindung im Hinblick auf die Art des Ausbaus die Objektivität des Gutachtens dadurch in Frage gestellt werden kann, dass bei der Erstellung dieses Gutachtens die Rhein-Main-Donau Wasserstraßen GmbH federführend beteiligt ist, obwohl die Interessen von deren Mutterkonzern, die e.on Energie AG, aus einigen Varianten mehr Vorteile ziehen könnte als aus anderen Varianten, und ist die Staatsregierung nicht auch der Meinung, dass die Erstellung eines 33 Mio. Euro teuren Gutachtens, dessen Aussagegehalt aufgrund dessen, dass bei der Erstellung dieses Gutachtens die Rhein-Main-Donau Wasserstraßen GmbH federführend beteiligt ist, obwohl die Interessen von deren Mutterkonzern, die e.on Energie AG, aus einigen Varianten mehr Vorteile ziehen könnte als aus anderen Varianten, zumindest stark anzuzweifeln ist, eine fragwürdige Investition von Steuergeldern darstellt und wie beurteilt die Staatsregierung den Sachverhalt, dass die EU-Koordinatorin für Binnenschifffahrt, Karla Peijs, bisher von offizieller Seite offensichtlich nicht darüber informiert wurde, dass die Untersuchungen nicht von neutraler Stelle vorgenommen werden und sie sehr erstaunt auf diese Nachricht reagiert hat?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen plant das Innenministerium, um dem Personalmangel (die Rede ist von 150 fehlenden Stellen, Quelle: Deutsche Polizeigewerkschaft, Bezirksverband Oberfranken) bei der Bayerischen Polizei zu begegnen, wann ist mit zusätzlichen Einstellungen zu rechnen und welche Stellenzuweisungen bekommt der Bezirk Oberfranken?

Sabine Dittmar
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kenntnisse liegen ihr zwischenzeitlich über die Verwendung (bezugnehmend auf die in der Anfrage, Drs. 16/2165 angekündigte Analyse der deutschen Hersteller) und das Gefährdungspotential von Bisphenol A in Baby- saugern, Babyflaschen etc. vor und wird sie sich auf Bundesebene dafür einsetzen, ebenso ein Verbot von Bisphenol A in Produkten für Kinder wie in Dänemark und Frankreich – und jetzt auch in den USA – zu erwirken und wenn nein, warum nicht?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Nachdem bekannt wurde, dass die Graphische Sammlung ein Aquarell des Wiener Vedutenmalers Rudolf von Alt, das von den Nazis neben anderen geraubt worden war und nach dem Krieg aus dem Central Collecting Point von den Amerikanern dem Freistaat überstellt und dadurch Teil seines Grundstockvermögens wurde, den rechtmäßigen Eigentümern bzw. Erben zurückgeben soll, und die Graphische Sammlung dem Finanzministerium als Ausgleich den Wert des Bildes erstatten muss, weil nach Art. 81 der Bayerischen Verfassung „das Grundstockvermögen ... nur aufgrund eines Gesetzes verringert werden“ darf, frage ich die Staatsregierung, welche vergleichbaren Fälle es im Einzelnen in der Vergangenheit gab, welche Ausgleichszahlungen die Museen jeweils dem Finanzministerium leisten mussten und wie die Staatsregierung in Zukunft verhindern will, dass betroffene Museen bei Restitutionsfällen aus ihrem ohnehin knapp bemessenen Neuerwerbs- etat zu Erstattungen verpflichtet sind?

Günther Felbinger
(FW)

Da bei der Baukonferenz in Kitzingen seitens des Innenministers Herrmann der Stadt Kitzingen die Zusage gemacht wurde, dass sie in punkto Konversion nun in den sogenannten Sonderfonds oder Härtefallfonds eingestuft werde, frage ich die Staatsregierung, welche Kommunen wurden bisher über diesen Sonderfonds, der eine 80-prozentige Bezuschussung beinhaltet, gefördert, wie viele Mittel sind in diesem Sonderfonds und was kann konkret mit 80 Prozent gefördert werden?

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Pläne hat sie zur Einrichtung einer Pflegekammer als öffentlich-rechtliche Körperschaft, die die Angehörigen der Pflegeberufe zu einer autonomen Verwaltung ihrer beruflichen Belange vereinigt, und in welchem Verfahrensstand befinden sich diese Pläne?

Thomas Gehring
(GRU)

Wie sieht die Staatsregierung schulische Veranstaltungsangebote mit Mentalcoaching, Mentaltraining und Lebenstraining durch kommerzielle Anbieter wie Herrn B. und Herrn K., welche Kriterien werden angelegt um zu entscheiden, ob die Veranstaltung für Schülerinnen und Schüler verbindlich sind, welches Mitsprache-

- recht haben Eltern bezüglich der Teilnahme ihrer Kinder an derartigen Veranstaltungen?
- Ulrike Gote**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, welche Kosten sind bisher für die Planung des Projekts Ost-West-Verbindung Fichtelgebirge (B 303 neu, Schirnding – A 93 – A 9) inklusive Erstellung von Machbarkeitsstudie, Umweltverträglichkeitsstudie und Verkehrsuntersuchung angefallen?
- Volkmar Halbleib**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie das von der Evangelischen Kirche vorgelegte Konzept zur Einrichtung eines evangelischen Gymnasiums in Würzburg, wie ist der aktuelle Stand der Prüfung dieses Konzeptes und wann ist mit einer Entscheidung der Staatsregierung zu rechnen?
- Eike Hallitzky**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass für den Bau des Hofbergtunnels (seit 2007 Josef-Deimer-Tunnel) 1999 in Landshut zu viele Fördergelder gezahlt wurden, wenn ja, in welcher Höhe und muss die Stadt gegebenenfalls damit rechnen, dass Fördergelder an den Freistaat zurückbezahlt werden müssen?
- Dr. Leopold Herz**
(FW) Vor dem Hintergrund, dass seit kurzem in dem Projekt „Brennpunkt Schwarzwild“ auch Nachtsichtgeräte zum Einsatz kommen, frage ich die Staatsregierung, wie der aktuelle Stand des Projektes ist, ob sich bisher Unterschiede in der Bejagung durch Nachtsichtgeräte zeigen und ob auch Wärmebildgeräte Verwendung finden?
- Christine Kamm**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, zu welchem Anteil werden durch die Zuschüsse des Bundes und des Freistaates Bayern die bisherigen und zukünftigen investiven und laufenden finanziellen Mehrbelastungen der Kommunen beim Ausbau der Kinderbetreuung unter drei Jahren (U3) aufgefangen und welche Auswirkungen hat das Urteil des Verfassungsgerichtshofs des Landes Nordrhein-Westfalen und das Konnexitätsprinzip nach Auffassung der Staatsregierung auf die weitere Finanzierung des Ausbaus der frühkindlichen Bildung in Bayern?
- Dr. Christian Magerl**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, seit wann war die Staatsministerin für Arbeit, Sozialordnung, Familie und Frauen Christine Haderthauer darüber informiert, dass die Gemeinschaftsunterkunft (GU) Waldmeisterstraße als Unterkunft für neu angekommene Flüchtlinge wieder genutzt werden soll, wie sind die Flüchtlinge inzwischen untergebracht, versorgt und betreut und welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus der meiner Meinung nach skandalösen Missachtung des Landtagsbeschlusses durch die Behörden?
- Alexander Muthmann**
(FW) Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Maßnahmen (Aus-, Um- oder Neubau im Personennah- und Personenfernverkehr sowie im Güterverkehr) werden für Infrastruktureinrichtungen (Strecken, Bahnhöfe etc.) in Niederbayern für notwendig erachtet, welche Prioritäten werden diesen Projekten jeweils beigemessen

und für welche dieser Projekte ist in absehbarer Zeit mit einer Realisierung (Planung, Finanzierung, Bau) zu rechnen?

Thomas Mütze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass aufgrund der geänderten Zulassungsrichtlinien für Schulbücher in Neuerscheinungen und aktualisierten Nachdrucken keine Internetlinks mehr abgedruckt werden dürfen, welche Gründe gibt es hierfür und ist die Staatsregierung der Ansicht, dass diese Einschränkung angesichts der heute üblichen Internetnutzung zeitgemäß ist?

Christa Naaß
(SPD)

Da Ministerpräsident Seehofer in der derzeit stattfindenden Integrationsdebatte von einer „ungesteuerten Zuwanderung“ spricht, bitte ich um Mitteilung, inwieweit ungesteuerte Zuwanderung stattfindet, wer „einen Freibrief für ungesteuerte Zuwanderung“ fordert, und falls in Bayern „ungesteuerte Zuwanderung“ stattfindet, warum er als verantwortlicher Ministerpräsident dies zulässt?

Maria Noichl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wo befinden sich die 7.000 ha Schutz- und Bergwaldflächen, die im Rahmen der Änderung des Bundeswaldgesetzes zu „Nichtwald“ erklärt wurden. (Lage, Größe, Zuordnung zu den Landkreisen)?

Mannfred Pointner
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe wurden von den Gesellschaftern an die Flughafen München GmbH (FMG) Darlehen ausgereicht, wie hoch ist der aktuelle Stand der offenen Darlehen der FMG und in welcher Höhe hat die FMG Zinsen aus diesem Darlehen an die Gesellschafter überwiesen (Darstellung bitte aufgeschlüsselt nach Jahr der Zahlung und Empfänger der Zinszahlung)?

Karin Pranghofer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, hat die Gemeinde Blankenbach in Unterfranken recht, dass der Mobilfunknetzbetreiber Deutsche Funkturm GmbH (DFMG) gegen den Mobilfunkpakt II vom 27. November 2002 verstoßen hat, weil er die von der Gemeinde vorgeschlagenen bereits vertraglich gesicherte und begutachtete Fläche wieder gekündigt hat, um offensichtlich eine kostengünstigere Privatfläche, die allerdings gegen die Interessenlage der Gemeinde steht, zu nutzen?

Markus Reichhart
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, welche Gemeinden haben im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs in den Jahren 2007 bis 2010 einen Ergänzungsansatz für Strukturschwäche nach Art. 3 Abs. 1 Nr. 3 Finanzausgleichsgesetz (FAG) erhalten, und wie hoch war der Betrag den die jeweiligen Gemeinden in den einzelnen Jahren aufgrund dieses Ansatzes zusätzlich erhalten haben?

Maria Scharfenberg
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, hält sie nach den beiden schweren Lkw-Unfällen auf der Bundesautobahn A 3 in Höhe der Gemeinden Laaber und Brunn (Landkreis Regensburg) zusätzlich zur Errichtung stärkerer Leitplanken und zur Aufbringung von Geräusche erzeugenden Markierungen auf der Fahrbahn einen Bau von Beton-Gleitwänden für sinnvoll, ist dies gegebenenfalls bereits geplant und ist schon bekannt, bis wann dies umgesetzt werden soll?

- Franz Schindler**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen hat sie bisher davon abgesehen, von der Ermächtigung gemäß § 19 Abs. 1 Satz 1 Rechtspflegergesetz (RPflG) Gebrauch zu machen und die in §§ 16 und 17 RPflG bestimmten Richtervorbehalte in Nachlass- und Handelsregistersachen im Umfang der in § 19 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2, 3, 4, 5 und 6 RPflG genannten Angelegenheiten ganz oder teilweise durch Rechtsverordnung aufzuheben, und ist beabsichtigt, künftig von der Ermächtigung Gebrauch zu machen?
- Stefan Schuster**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schülerinnen und Schüler des doppelten Abiturjahrgangs haben an den Einstellungsprüfungen für den mittleren und gehobenen Dienst in diesem Jahr teilgenommen?
- Adi Sprinkart**
(GRU) Nachdem die neue Bahnbrücke über die Ostbahnhofstraße in Kempten nur noch eingleisig gebaut wird und das frühere Kreuzungsgleis auf der Brücke lag, frage ich die Staatsregierung, wie weit müsste eine neues Kreuzungsgleis nördlich der Brücke gebaut werden, wie weit wäre ein möglicher Bahnsteig für den Haltepunkt Kempten-Ost von der Brücke entfernt und welche Mehrkosten wären durch den Bau einer zweigleisigen Brücke entstanden?
- Diana Stachowitz**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, welche Abteilung des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen wurde von welcher Dienststelle des Regierungsbezirks von Oberbayern darüber informiert, dass die Wiedereröffnung der Containerunterkünfte in der Waldmeisterstraße 98 in München geplant sei, wann genau wurde Frau Staatsministerin Haderthauer über den Vorgang informiert bzw. hat sie dem Regierungsbezirk von Oberbayern die Anweisung zur unverzüglichen Schließung der Containerunterkünfte in der Waldmeisterstraße 98 in München gegeben?
- Christine Stahl**
(GRU) Ich frage die Bayerische Staatsregierung, ob sie überlegt der Verwaltung die Möglichkeit zur Versendung von e-post-Briefen zu eröffnen und wenn ja, hält die Staatsregierung eine Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes für notwendig und wie gewährleistet sie den Datenschutz gerade beim behördlichen Datenverkehr?
- Claudia Stamm**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, für welche Bereiche und jeweils mit welcher Frist die vom Kabinett beschlossene verlängerte Wiederbesetzungssperre gilt (bitte genau aufschlüsseln, z.B. nach Hochschule, Steuerverwaltung, Bauverwaltung usw.), und was der ebenfalls beschlossene Bau- und Planungsstopp für das Arbeitsvolumen der Beamtinnen und Beamten der Bauverwaltung bedeutet?
- Susanna Tausendfreund**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, inwiefern war die Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen über die weitere Nutzung der Containerunterkunft Waldmeisterstraße in München, die Anfang 2009 auf einstimmigen Landtagsbeschluss vom 3. Dezember 2008 geschlossen wurde, zum Zweck von Sammelvorführungen eingeweiht, wie viele Sammelvorführungen haben

stattgefunden und warum wurden die Container nicht wie vorgesehen abgebaut?

Angelika Weikert
(SPD)

Angesichts der extremen Witterungsbedingungen und der daraus resultierenden schlechten Ernte frage ich die Staatsregierung, ob und falls ja, in welcher Höhe Liquiditätshilfen für die Bauern im Nürnberger Knoblauchsland angedacht sind und falls nein, welche sonstigen Unterstützungsmaßnahmen den Gemüseerzeugern angeboten werden?

Isabell Zacharias
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stellen an den Universitäten und an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind von der am 28. September 2010 vom Kabinett beschlossenen Stellensperre betroffen und wie viele von diesen gesperrten Stellen waren für den Ausbau der Hochschulen zur Bewältigung des doppelten Abiturientenjahrgangs geplant?